

Kein Grund zur Freude

Es gibt nicht wenige in der Stadt, die den Rücktritt von **Katrin Lompscher** (Linke) begrüßen. Schon 90 Minuten, nachdem Lompscher am Sonntagabend um 22.02 Uhr ihren Rücktritt öffentlich machte, meldeten sich die **Jungen Liberalen** zu Wort: „Seit Jahren fordern wir den Rücktritt von Katrin Lompscher. Mit ihrer Politik des Verhinderns von Neubau hat die Senatorin der Linken die Situation am Wohnungsmarkt verschärft und somit unsoziale Politik betrieben. Katrin Lompscher hat viel mehr Wohnungen verhindert als Euros nicht zurückgezahlt. Ich hoffe, dass ihre Nachfolgerin oder ihr Nachfolger im Amt die längst überfällige Wohnungsbauoffensive zur Schaffung von mehr Wohnraum zur obersten Priorität in dieser Senatsverwaltung macht.“

CDU-Chef **Kai Wegner** verschickte heute früh um 6:57 Uhr sein Statement. „Ich wünsche mir eine unabhängige Expertin oder einen unabhängigen Experten frei von Ideologien, der im letzten Jahr von Rot-Rot-Grün noch den Hebel umlegt und bezahlbare Wohnungen in allen Preissegmenten bauen will.“

Vielleicht wird der Wunsch der Julis erfüllt, wohl kaum aber der von Kai Wegner nach einem unabhängigen, ideologiefreien Experten. Bei Rücktritten ist immer Eile angesagt, damit kein Vakuum entsteht. „Nach Informationen der Berliner Morgenpost soll Staatssekretär **Sebastian Scheel** (Linke) das Amt kommissarisch übernehmen. Die Partei will dann in den kommenden Tage einen Nachfolger benennen. Wahrscheinlich ist, dass Scheel das Amt bis zu den Wahlen im kommenden Jahr übernehmen wird.“ Es besteht also kein Grund zur Freude, denn die Linke Stadtentwicklungspolitik wird fortgeführt.



Das wäre auf jeden Fall die einfachste Lösung, denn wer anders würde sich gern auf diesen Schleudersitz setzen wollen, dazu noch für ein Jahr. Hinzu kommt die offene Frage, ob der Mietendeckel Bestand haben wird. Sicher ist sich da niemand bei R2G, die Zuversicht ist nicht mehr als das berühmte Pfeifen im Walde.

„Der Mietendeckel wird uns um die Ohren fliegen“, sagte uns schon vor längerer Zeit eine besorgte SPD-Abgeordnete. Wir werden sehen.

Foto: Rico Prauss

Sebastian Scheel ist Jahrgang 1975, geboren in Wriezen, einer Stadt in Brandenburg. Er studierte an der Universität in Leipzig Politischen Wissenschaften, Volkswirtschaft und Philosophie und war Mitglied des

Sächsischen Landtags und von 2014 bis 2017 Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken im Sächsischen Landtag. Seit Februar 2017 ist er Staatssekretär für Wohnen.

Wie aus der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage der AfD-Abgeordneten **Dr. Kristin Brinker** vom 3. Juli hervorgeht, die ordnungsgemäß von der Senatsfinanzverwaltung am 21. Juli beantwortet wurde, sitzt **Sebastian Scheel** in fünf Aufsichtsräten, zwei mehr als seine Ex-Chefin Lompscher. Scheel führt Aufsicht über die Berlinovo, degewo, Gewobag, HOWOGE und den Liegenschaftsfonds. Viel spannender als die Liste der Bezüge, die wir diesem Newsletter beifügen, ist jene, auf der die abgeführten Beträge vermerkt sind. Dort taucht Scheel mit 15.687 Euro auf, der Name Lompscher fehlt. Die Liste ist schon ein wenig trickig, denn analog zu den Namen, die bei den Bezügen aufgeführt sind, hätten spiegelbildlich alle Mandatsträger bei den abgeführten Beträgen auftauchen müssen. Da hätte dann bei Lompscher eine 0 gestanden. Aber auch so fiel findigen Journalisten auf, dass der Name Lompscher fehlt. Die BZ berichtete als erste über diese Lücke in der Liste.

Als das bekannt wurde, hat Lompscher den Fehlbetrag sofort überwiesen, womit der Vorgang eigentlich erledigt gewesen wäre. Erschwerend kam aber nun noch hinzu, dass „bei keiner ihrer Steuererklärungen“ die eingenommenen Beträge angegeben wurden. „Bedauerlicherweise musste ich feststellen, dass ich das versäumt habe“, so Lompscher zur B.Z. Das letzten Senatsmitglied, das seine Abgaben nicht pünktlich zurückzahlte, hieß **Kurt Neubauer** (SPD). 1977 trat er als Innensenator deswegen zurück. 2002 deckte die BILD Zeitung die so genannte „Bonusmeilen-Affäre“ auf. Dienstliche Vielflieger sammeln Meilen und tauschten diese dann bei Privatflügen ein. **Gregor Gysi** (PDS, Vorläufer von Die Linke), und **Cem Özdemir** (Grüne) traten nach Bekanntwerden von ihren Ämtern zurück.

Allen anderen Mandatsträgern ist es bislang offenbar problemlos gelungen, ihre Buchhaltung in Ordnung zu halten. Dennoch darf die Frage gestellt werden, warum Senatsmitglieder überhaupt Bezüge aus Aufsichtsratsmitgliedschaften bekommen, von denen sie einen Teil wieder abführen müssen. Vor allem ist nicht nachvollziehbar, dass sie von den Bezügen rund 6.000 Euro behalten dürfen, und das dafür, dass sie im dienstlichen Auftrag diese Posten besetzen. Lompscher zeigt sich einsichtig: „Für mich steht fest, dass mein schwerer persönlicher Fehler mein weiteres Handeln als Senatorin dauerhaft überschatten würde. Deshalb erkläre ich mit sofortiger Wirkung meinen Rücktritt vom Amt als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen.“

Ed Koch